

Niederschrift SOZ/011/2022

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Sozialausschusses
der Stadt Rheine
am 23.11.2022

Die heutige Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 18:30 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzende:

Frau Dr. Gertrud Hovestadt	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied/Vorsitzende
----------------------------	-----------------------	--------------------------

Mitglieder:

Herr José Azevedo	CDU	Ratsmitglied/1. Stellv. Vorsitzender
Herr Alexander Burmeister	CDU	Ratsmitglied
Frau Evelyn Eggenkämper	BfR	Sachkundige Bürgerin
Frau Ute Ehrenberg	UWG	Sachkundige Bürgerin
Frau Melanie Ehrhardt	CDU	Ratsmitglied
Frau Annette Floyd-Wenke	DIE LINKE	Ratsmitglied
Frau Petra Gaasbeek	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Sachkundige Bürgerin
Herr Udo Hewing	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Frau Nina Homann-Eckhardt	CDU	Ratsmitglied
Frau Yvonne Köhler	SPD	Ratsmitglied
Herr Hans-Hermann Kwiecinski	SPD	Sachkundiger Bürger
Herr Jörg Lewinski	FDP	Sachkundiger Bürger
Frau Tatjana Lücke	SPD	Sachkundige Bürgerin
Herr Tobias Mersch	CDU	Sachkundiger Bürger
Frau Elisabeth Meyer	CDU	Sachkundige Bürgerin
Frau Birgitt Overesch	CDU	Ratsmitglied
Herr Friedrich Theismann	CDU	Sachkundiger Bürger

beratende Sachkundige Einwohner:

Herr Claus Meier		Sachkundiger Einwohner f. Beirat für Menschen mit Behinderung
Herr Johannes-Michael Bögge		Sachkundiger Einwohner f. Familienbeirat
Frau Emine Dursun	SPD	Sachkundige Einwohnerin f. Integrationsrat
Frau Sophia van Es		Sachkundige Einwohnerin f. Seniorenbeirat

Vertreter:

Frau Gabriele Leskow	SPD	Vertretung für Frau Ulrike Stockel
Frau Helga Niedoba	CDU	Vertretung für Frau Simone Berkmann
Herr Tobias Rennemeier	CDU	Vertretung für Herrn Til Beckers

Verwaltung:

Herr Raimund Gausmann		Beigeordneter
Frau Wiebke Gehrke		Leiterin Fachbereich 8
Frau Annette Wiggers		Jugendamtsleiterin
Frau Sandra Roß		Stellvertretende Schriftführerin

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder:

Herr Til Beckers	CDU	Ratsmitglied
Frau Simone Berkmann	CDU	Sachkundige Bürgerin
Frau Ulrike Stockel	SPD	Ratsmitglied/2. Stellv. Vorsitzende

Frau Dr. Hovestadt eröffnet die heutige Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Rheine.

Herr Meier beantragt die Änderung der Reihenfolge der Tagesordnungspunkte wie folgt: die Informationen aus dem Seniorenbeirat sollen unter TOP 5 genannt werden und die Informationen aus dem Beirat für Menschen mit Behinderung unter TOP 6.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 009/2022 über die öffentliche Sitzung am 29.09.2022

Es gibt weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche.

2. Informationen der Verwaltung

Herr Gausmann informiert, dass es am 24.10.2022 einen Runden Tisch vom LWL gegeben habe. Es gebe große Unterschiede zwischen den Notwendigkeiten, die hier in Rheine vorlägen, und dem, was der Landschaftsverband fördere. Herr Gausmann greift die Idee aus dem Gespräch der Sommerpause auf und regt an, dass die Politik die Vertreter(innen) des Kreises Steinfurt der Landschaftsversammlung einladen, um von Seiten der Politik eine Problemanzeige zu schalten. Er informiert, dass in Rheine gebaut werden könne, denn ein Grundstück stünde zur Verfügung. Der Betrieb dieser Einrichtungen könne aber durch die Träger nicht sichergestellt werden, da die Ansprüche des LWL nicht umsetzbar seien. Beispielsweise seien bei Personen mit Mehrfachbehinderungen bestimmte Betreuungsleistungen notwendig, welche jedoch nicht refinanziert würden. Daneben seien die aktuellen Baupreise ein Problem. Daher gebe es aktuell keinen Träger, welcher bereit wäre, eine neue Einrichtung zu bauen, denn entweder seien die Baupreise oder die Konzeptionierung nicht umsetzbar. Der neue Abteilungsleiter und der neue Dezernent sollen im neuen Jahr eingeladen werden.

Frau Dr. Hovestadt schlägt vor, die Vertreter(innen) der Landschaftsversammlung von Seiten der Politik einzuladen.

Herr Gausmann informiert weiter, dass es in St. Michael ein Problem bezüglich der Räumlichkeiten gegeben hätte. Die Seniorinnen und Senioren würden nun zunächst im Hotel Johanning tagen. Dies sei deutlich teurer als im Jugendzentrum St. Michael, daher würde ein Zuschuss aus dem laufenden Budget gewährt werden. Er hoffe, dass die Gruppe nach Fertigstellung in der Mitte 51 tagen könne.

Frau Floyd-Wenke nimmt Bezug auf die Anfrage ihrer Fraktion an die Fachstelle für Wohnraumsicherung und das Antwortschreiben der Verwaltung. Sie regt an, dass bei weiteren Förderprogrammen eine Bewertungsmatrix bei der Auswahl des Trägers zu Grunde gelegt werden solle. Darin soll auch einfließen, dass die Bewerber sich dazu äußern, ob sie das nötige Personal vorhalten würden. Dies sei genau das, was in der vorherigen gemeinsamen Sitzung besprochen worden sei; trotz Kompetenz und Erfahrung sei die Stelle seit neun Monaten unbesetzt.

Herr Gausmann teilt mit, dass dieser Punkt mit aufgenommen werden könne, er befürchte jedoch, dass die Träger als Antwort gäben, dass sie sich bemühen würden, entsprechende Ressourcen zu erhalten, aufgrund des Fachkräftemangels und der zeitlichen Befristung des Projektes dies allerdings schwierig sei. Er regt an, dass die Themen solcher Projektförderungen möglicherweise bei dem jeweiligen Träger oder der Stadt verstetigt werden müssten, um diese auch entsprechend besetzen zu können.

3. Einwohnerfragestunde

Es gibt keine Einwohnerfragen.

4. Informationen aus dem Integrationsrat

Frau Dursun teilt mit, dass es keine aktuellen Informationen aus dem Integrationsrat für den Sozialausschuss gebe.

5. Informationen aus dem Seniorenbeirat

Frau van Es berichtet, dass die letzte Sitzung am 14.11.2022 stattgefunden habe. Sie informiert, dass 5.000 Fragebögen an über 60-jährige verschickt worden seien und die Schulung für Mitnahmenutzung von eScootern in den Bussen ausgefallen sei, da keine Nachfrage vorhanden gewesen sein. Bei Bedarf könne diese Schulung aber nochmal über Frau Gedicke angeboten werden.

Der Arbeitskreis Mobilität habe sich zum ersten Mal getroffen, um über die Planung des Mobilitäts- und Sicherheitstages zu sprechen. Der Tag soll am 21.04.2023 auf dem Borneplatz stattfinden.

Der Arbeitskreis Wohnen im Alter habe ein Wohnprojekt in Münster von den Bremer Stadtmusikanten besucht. Die Gründerin des Projektes habe die Teilnehmer(innen) empfangen und die Räumlichkeiten vor Ort gezeigt. Insgesamt gebe es dort 21 Wohnungen, welche überwiegend Sozialwohnungen seien.

Der Seniorenbeirat habe zum Thema Einsamkeit ein Online-Seminar besucht. Wichtige Erkenntnisse seien für die Teilnehmer(innen), dass die Boomer-Generation ganz andere Voraussetzungen und tägliche Anforderungen habe, als die vorherige Generation. Die Boomer-Generation habe ein höheres Einkommen und andere Interessen in Bezug auf Wohnen und Freizeit. Es sei wichtig, diese Personen in Bezug auf Einsamkeit anders zu betrachten als die vorherige Generation.

Frau van Es informiert, dass es eine Initiative zur Einrichtung einer Bushaltestelle am Friedhof Eschendorf gebe. Es habe sehr viele Anfragen von älteren Personen gegeben, damit diese mit dem Bus dorthin kommen könnten.

Das Projekt Plauderbank liefere aktuell noch über den Kreis Steinfurt. Hierzu gebe es keine neuen Erkenntnisse.

Frau Leskow fragt, ob sie den Fragebogen für die über 60-jährige zugeschickt bekommen könne.

Herr Gausmann sichert zu, diesen nochmal per E-Mail an alle Ausschussmitglieder zu verschicken.

6. Informationen aus dem Beirat für Menschen mit Behinderung

Herr Meier informiert, dass sich der Beirat für Menschen mit Behinderung der Initiative des Seniorenbeirates zur Einrichtung einer Bushaltestelle am Friedhof Eschendorf anschließen, weil auch Menschen mit Mobilitätseinschränkung sehr schlecht zum Friedhof kämen, um Trauerarbeit zu leisten. Er schlägt vor, die Haltestelle dicht an der Trauerhalle zu etablieren, damit sie für alle gut zugänglich sei.

Weiterhin informiert er, dass der Beirat für Menschen mit Behinderung zuletzt am 09.11.2022 getagt habe. Michael Stitz sei zu seinem Stellvertreter und Andreas Greiwe zum Hauptdelegierten für den Kreisinklusionsbeirat gewählt worden. Er teilt mit, dass es eine Feststunde aufgrund des 40-jährigen Bestehens unter dem Thema Behinderung und Arbeit geben werde.

7. Informationen aus dem Familienbeirat

Herr Bögge informiert, dass der Familienbeirat am 24.10.2022 das letzte Mal getagt habe. Er habe sich mit den Sorgen der Familien wie Inflation und hohe Energiekosten beschäftigt. Viele Punkte seien Thema im Jugendhilfeausschuss gewesen und nicht relevant für den Sozialausschuss.

Frau Floyd-Wenke informiert, dass der Jugendhilfeausschuss beschlossen habe, den Familienpass zu überarbeiten. Sie äußert diesbezüglich große Bedenken, wenn der Jugendhilfeausschuss den Familienpass überarbeiten würde, da im Jugendhilfeausschuss auch Träger vertreten seien, welche dann über das neue Angebot mitentscheiden würden. Ebenso findet sie, dass in diesem Kontext zu wenig politische Beteiligung stattfinde.

Herr Gausmann ergänzt, dass der Jugendhilfeausschuss beschlossen habe, dass alle Fraktionen zu der Arbeitsgruppe eingeladen würden, damit eine politische Beteiligung erfolgen könne.

8. Vorstellung der Senioren- und Gesundheits-App "Gut versorgt in..." Vorlage: 437/22

Frau Dr. Hovestadt teilt mit, dass die App noch nicht vorgestellt werden könne, da die Referentin erkrankt sei. Die Vorstellung solle voraussichtlich im Januar 2023 erfolgen.

9. Abschlussbericht "Gemeinsam klappt`s - Durchstarten in Ausbildung und Arbeit" Vorlage: 404/22

Frau Gehrke informiert, dass Rheine als kreisangehörige Stadt nur aus dem Baustein Nr. 6 „Teilhabe-Management“ Fördermittel bekommen könne. Die restlichen Fördermittel seien den Kreisen und kreisfreien Städten vorbehalten gewesen, es habe aber eine Kooperation mit dem Kreis stattgefunden. Insgesamt seien 45 junge Menschen mit diesen Fördermitteln unterstützt worden, welche alle noch keinen gesicherten Aufenthaltstitel gehabt hätten. Sie erklärt, dass eine Zielsetzung der Landesinitiative die Absicherung des Aufenthaltes und der Aufenthalt vor Rückkehr gewesen seien. Der Großteil der jungen Menschen in diesem Projekt seien männlich gewesen, es seien insgesamt fünf Teilnehmerinnen dabei gewesen mit verschiedenen Nationalitäten. Das Ziel fast aller Teilnehmer(innen) sei der gesicherte Aufenthalt gewesen, so dass hauptsächlich Maßnahmen zur Identitätsklärung sowie Maßnahmen zur Sprachkursteilnahme und Arbeitsmarkterprobungen erfolgt seien. Die Teilnehmer(innen) seien in Praktika, Arbeitsplatzproben, Einstiegsqualifizierungsmaßnahmen, Sprach- und Integrationskurse vermittelt worden. Frau Gehrke teilt mit, dass im Rahmen des Programms deutlich wurde, dass jede(r) Teilnehmer(in) auch aufgrund ihrer/seiner Herkunft unterschiedlich sei und eine individuelle Beratung benötige.

Der Bericht zeige, dass auch während Corona eine gute Beratung per Telefon oder Online möglich gewesen sei, auch aufgrund der großen Motivation der Teilnehmer(innen), welche engagiert bei der Sache gewesen seien.

Dieses Projekt knüpfe an das Landesprogramm Kommunales Integrationsmanagement und da an den Baustein des Case Managements an, in welchem auch individuelle Beratungen und Förderungen der zugewanderten Menschen, welche noch keine Verknüpfungen zum Regelsystem hätten, einen Schwerpunkt bilden würden.

Frau Gehrke versichert, dass viele Bedarfe, die sich in diesem Projekt herausgestellt hätten, auch Bedarfe im Rahmen des Kommunalen Integrationsmanagements (KIM) seien, so dass sich das KIM-Programm gut an diesem Projekt anschließen ließe. Sie teilt mit, dass das Projekt aus

dem Teilhabemanagement "Gemeinsam klappt's - Durchstarten in Ausbildung und Arbeit" im Juni 2022 geendet sei.

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt den Abschlussbericht zur Landesinitiative "Gemeinsam klappt's - Durchstarten in Ausbildung und Arbeit" zur Kenntnis.

**10. Integration durch Bildung: Sprachoffensive der Stadt Rheine, Arbeit des multiprofessionellen Teams und Beratung für Seiteneinsteiger an Grundschulen und weiterführenden Schulen
Vorlage: 420/22**

Herr Gausmann erklärt, dass drei große Themen Teil dieser Vorlage Integration durch Bildung seien. Die Anzahl der Angebote sei im Jahre 2022 stark gestiegen, was unter anderem an der Zuwanderung von ukrainischen Bürgerinnen und Bürgern, aber auch an der entspannteren Situation im Umgang mit Corona gelegen habe, weil fast alle Angebote hätten stattfinden können. Er teilt mit, dass die finanziellen Mittel für 2022 nicht ausreichen würden und daher im Rahmen der gleich stattfindenden Haushaltsplanberatungen eine Erhöhung des Budgets für die Sprachoffensive für 2022 auf 75.000 € beantragt werde. Es sei nicht davon auszugehen, dass die Anfragen und Anforderungen aus der Sprachoffensive bis zum Jahresende sinken würden. Herr Gausmann betont, dass die Sprache einer der Schlüssel zur Integration sei und die finanziellen Mittel darüber hinaus zur Verfügung gestellt werden sollten, damit auch weiterhin alle Kurse, die in diesem Rahmen angeboten werden würden, stattfinden könnten. Er informiert, dass es neben diesem Angebot auch Kurse vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge über die Volkshochschule gebe; trotzdem appelliert er, das Budget um 15.000 € aufzustocken.

Im Bereich der Arbeit des multiprofessionellen Teams sei durch den Sozialausschuss eine Stelle im Fachbereich 8 im Bereich Migration für die Bodelschwingschule, Ludgerusschule und Nelson-Mandela-Schule geschaffen worden. Der Bericht zeige, welche Beratungsleistungen im Rahmen des multiprofessionellen Teams erfolgt seien und wie sich die Anzahl der Beratungsleistungen in den letzten Jahren erhöht habe. Ebenso seien die Schülerstrukturen der drei Schulen in dem Bericht ersichtlich, welche im Blick zu halten seien. Herr Gausmann informiert, dass der Schulausschuss sich im Rahmen der Schulsozialarbeit in den Grundschulen und weiterführenden Schulen ebenfalls mit der Thematik beschäftigt habe.

Im dritten Bereich Beratung für Seiteneinsteiger an Grundschulen und weiterführenden Schulen seien die Fallzahlen mehr als doppelt so hoch. In diesem Bereich erfolge eine enge Zusammenarbeit mit dem Kommunalen Integrationsmanagement, welche von der Einzel- in die Gruppenberatung übergegangen sei, weil die personellen Ressourcen für die Seiteneinsteigerberatung nicht ausreichten. Herr Gausmann bekräftigt die gute Zusammenarbeit zwischen der Fachstelle Migration und Integration, den Schulen und dem Kommunalen Integrationsmanagement. Es sei gut, dass die Stadt Rheine ein System habe, bei dem die Kinder nicht ohne vorherige Beratung in einem System der weiterführenden Schulen untergebracht würden. Im Rahmen der Seiteneinsteigerberatung würde geschaut werden, welche Deutschkenntnisse vorhanden seien und welche Schulform dann für das Kind die passende sei. Durch die Verteilerkonferenz, welche am Anfang mit allen Schulen stattgefunden habe, seien die Kinder noch gezielter in den Schulen untergebracht worden, denn bestehende Ressourcen seien optimal genutzt worden. Diese Konferenz sei zuletzt nicht mehr durchgeführt worden, weil der Zuzug zu groß gewesen sei und die Kinder kurzfristig einen Schulplatz benötigten, so dass die Klassen teilweise auf bis zu 35 Kinder aufgestockt worden seien. Herr Gausmann bekräftigt, dass dies nicht schön, aber zwingend notwendig sei, damit alle Kinder beschult würden. Er verweist auf die Statistik, in welcher die Nationalitäten abgebildet seien. Diese zeige, dass es zuletzt nicht nur um Bürgerinnen und Bürger aus der Ukraine ginge, sondern auch aus vielen anderen Nationalitäten.

Frau Dr. Hovestadt fragt, ob diese Vorlage auch im Schulausschuss beraten werde. Herr Gausmann verneint dies und teilt mit, dass der Bereich multiprofessionelles Team und Seiteneinsteiger zur Information im Schulausschuss gewesen sei.

Frau Floyd-Wenke fragt die Verwaltung, ob es neue Informationen zum Sprachkompetenzzentrum gebe. Herr Gausmann informiert, dass im Laufe des nächsten Jahres eine detaillierte Vorlage zu diesem Thema eingebracht werde und verweist auf den kleinen Ausblick in dieser Vorlage auf S. 7 Punkt 4.

Frau Ehrenberg teilt mit, dass sie die Entwicklung der Sprachoffensive sehr beeindruckend finde und bekräftigt, dass die 15.000 € Budgeterhöhung notwendig seien. Sie fragt die Verwaltung, ob noch ausreichend Dozenten zur Verfügung stünden. Herr Gausmann antwortet, dass aktuell noch ausreichend Dozenten zur Verfügung stünden, es dürfe aber niemand abspringen. Die Verwaltung sei weiterhin auf der Suche nach Dozenten, dies gestalte sich jedoch sehr schwierig. Alle anderen Träger hätten die gleichen Probleme. Er gibt einen Ausblick, dass im nächsten Jahr möglicherweise über eine Erhöhung der Honorare diskutiert werden müsse.

Frau Lücke bedankt sich für die ausführlichen Informationen und teilt mit, dass ihrer Fraktion die Entwicklung der Sprachoffensive gut gefallen habe und sie hofften, dass dies so weiter umgesetzt werden könne. Bezüglich des multiprofessionellen Teams wünschten sie sich, dass dies an weiteren Schulen installiert werden würde. Im Rahmen der Seiteneinsteigerberatung würden sie die Klassenstärke von 35 Schüler(inne)n als sehr problematisch ansehen. Sie bittet die Verwaltung, dies im Schulausschuss noch einmal erörtern zu lassen und nach anderen Lösungen zu suchen, da eine individuelle Zielerreichung der Kinder und auch die Integration von Kindern mit Migrationshintergrund bei der Klassenstärke ihres Erachtens unmöglich sei.

Frau Dursun bittet darum, diese Berichte auch im Integrationsrat anzusprechen. Sie sehe die Klassenstärke mit 35 Kindern ebenfalls als bedenklich an. Sie bittet die Verwaltung, dem Integrationsrat und Sozialausschuss eine Übersicht über die Anerkennung von Abschlüssen von Zuwanderern zur Verfügung zu stellen. Aufgrund des Fachkräftemangels wäre es sehr interessant zu wissen, wie viele Abschlüsse anerkannt würden und wie schnell diese Personen am Arbeitsmarkt integriert werden würden.

Herr Gausmann teilt mit, dass das Thema der zu großen Klassenstärke bereits im Schulausschuss thematisiert wurde. In der letzten Sitzung sei die Oktoberstatistik dargestellt worden, ebenso habe die Verwaltung mitgeteilt, dass die Stadt Rheine keine Kapazitäten mehr in den Schulen habe. Aus den Mitteln aufholen nach Corona habe die Verwaltung mit einem freien Träger ein Angebot für Schüler(innen) geschaffen, in welchem sie nach dem Unterricht Unterstützungsangebote in den Fächern Mathematik, Deutsch und Sprachbildung in Anspruch nehmen könnten. Die Stadt Rheine wäre aufgrund der Schulpflicht gezwungen gewesen, die Klassenstärke auf 35 Kinder zu erhöhen. Im Jahrgang 7 am Kopernikusgymnasium sei nach den Sommerferien eine Mehrklassenbildung erfolgt, um alle Schüler(innen) in dieser Altersklasse beschulen zu können. Eine Mehrklassenbildung in anderen Bereichen sei nicht möglich.

Das Thema Anerkennung der Abschlüsse sei ein komplexes Thema, welches bei einem freien Träger über den Kreis Steinfurt angebunden sei. Dieser Träger führe Einzelberatungen durch und gebe Hinweise, welcher Antrag wo gestellt werden müsse. Die Anerkennung von Abschlüssen sei sehr komplex, denn die Anerkennungen würden entweder auf kommunaler, Kreis-, Landes- oder Bundesebene durchgeführt werden. Studienabschlüsse würden manchmal anerkannt und manchmal nur teilweise anerkannt werden. Er nennt als Beispiel eine Person, die in der Ukraine Deutsch unterrichtet hätte, erfülle nicht die Fakultas, um in Deutschland Deutsch zu unterrichten, ebenso könne diese Person kein erweitertes Führungszeugnis vorlegen, um im schulischen

System tätig zu sein. Bei konkreten Anfragen zu diesem Thema würde die Verwaltung die Person an die Beratungsinstitution verweisen.

Frau Dursun teilt mit, dass nun aufgrund des Lehrermangels vom Land auch schon andere Berufsgruppen und Studenten für Deutsch als zweite Zielsprache eingesetzt würden. Als Kommunalpolitiker(innen) sollten sie, soweit möglich, die Kriterien anpassen, so dass die Klassenstärke von 35 Schüler(innen) wieder reduziert werden könnte.

Herr Mersch teilt mit, dass es auch Menschen mit Behinderung mit viel Potential gebe, und im Hinblick auf den Fachkräftemangel dieser Personenkreis oft nicht berücksichtigt würde.

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt die Ausführungen zur Integration durch Bildung mit folgenden Bestandteilen

- I. Sprachoffensive
- II. Arbeit des Multiprofessionellen Teams
- III. Beratung für Seiteneinsteiger an Grundschulen und weiterführenden Schulen in Rheine zur Kenntnis.

**11. Jahresbericht zur Ankommensberatung
Vorlage: 421/22**

Herr Gausmann teilt mit, dass es bei dem Jahresbericht zur Ankommensberatung um die aufsuchende Arbeit gehe. In 2018 und 2019 habe man dies sehr intensiv gemacht, indem die Mitarbeiter(innen) Kontakt per Brief oder persönlich an der Haustür von Zuwanderern und deren Familie aufgenommen hätten. Ziel der aufsuchenden Arbeit sei es, den Menschen ein gutes Ankommen zu ermöglichen und diese Personen zu integrieren. Dies solle möglichst frühzeitig erfolgen, um den Menschen die verschiedenen Angebote innerhalb von Rheine aufzeigen zu können und eine Beratung zu installieren. Die aufsuchende Arbeit sei wichtig, weil nicht alle Menschen aufgrund des Asylverfahrens zur Ausländerbehörde der Stadt Rheine kämen, sondern auch viele Zuwanderer aufgrund der EU-Freizügigkeitsregelung nach Rheine kämen. Ebenso würden die Zuwanderer die Anlaufstellen innerhalb der Ortsteile nicht von alleine aufsuchen, so dass die klassische aufsuchende Arbeit auch wichtig für die Kontaktaufnahme sei. Herr Gausmann teilt mit, dass aufgrund von Personalmangel im Rahmen des Zuzugs der Ukrainer dieses Projekt nicht wie gewohnt hätte ausgeführt werden können.

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt den Jahresbericht zur Ankommensberatung des Teams Beratung und Begleitung von Zuwanderern zur Kenntnis.

**12. Nachrück- und Benennungsvorlage für den Beirat für Menschen mit Behinderungen
Vorlage: 441/22**

Herr Gausmann verweist auf die Vorlage.

Beschluss:

Der Sozialausschuss benennt Frau Olschewski als Vertretung von Herrn Frönd für den Beirat für Menschen mit Behinderung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

13. Sozialmaßnahmen - Stand der Umsetzung Vorlage: 456/22

Herr Gausmann teilt mit, dass gleich über die Zuwendungsrichtlinien für den Sozialfonds beschlossen werden würde. Viele Aktivitäten seien schon entwickelt worden. Für Rückfragen hierzu ständen Frau Gehrke und Frau Wiggers zur Verfügung. Es sei inzwischen ermöglicht worden, dass ein bis zwei Einrichtungen im Rahmen einer Krise auch am Wochenende öffnen könnten.

Frau Ehrenberg fragt in Bezug auf die Bewilligungsvoraussetzungen, wer beurteilen würde, ob sich jemand sozialwidrig oder verantwortungslos verhalten habe und ob es dafür Kriterien gebe oder wonach das entschieden würde.

Ebenso möchte sie gerne wissen, warum in den Schlussbestimmungen stehe, dass ein Darlehen als Zuwendung gewährt würde. Nach ihrem Kenntnisstand solle der Härtefonds als Zuwendung gewährt werden.

Herr Hewing möchte wissen, wer Teilnehmer(innen) der Steuerungsgruppe sind und wie diese fachlich besetzt sei.

Herr Gausmann erklärt, dass eine Darlehensgewährung nur in Betracht käme, wenn das Geld in absehbarer Zeit zurückgezahlt werden könne. Dies sei der Fall, wenn jemand in einer kurzfristigen finanziellen Notlage sei und es drohe, dass das Gas abgestellt werde, die Person das Geld aber bald zurückzahlen könne. Diese Klausel hätten sie aufgenommen, weil sonst Personen, die beispielsweise bald einen Sparvertrag ausgezahlt bekämen, nicht von dem Härtefallfonds profitieren würden. Dies sei eine Öffnungsklausel und nur in Ausnahmefällen anwendbar.

Bezüglich der Bewilligungsvoraussetzung und der Frage von Frau Ehrenberg teilt Herr Gausmann mit, dass es sich auch hierbei um eine Ausnahme handele, es aber durchaus Personen gebe, die sich wissentlich in so eine Notlage begäben. Es gebe verschiedene mögliche Fallkonstellationen, wie beispielsweise derjenige, der die Heizung voll aufdrehe und durchgängig das Fenster offen hätte oder derjenige, der seine monatlichen Abschläge immer nur zahle, wenn die Stadtwerke mit einer Sperre drohe. Deshalb sei die Bewilligungsvoraussetzung aufgenommen worden, um dies im Einzelfall prüfen zu können.

Herr Gausmann erläutert, die Entscheidungsgruppe bestehe aus Frau Gehrke als Fachbereichsleiterin, Herrn Wullkotte als Leiter der Finanzen und mit normalem Menschenverstand und ihm. Sie hätten jeden Mittwoch ein Zeitfenster geblockt, um über mögliche Anträge kurzfristig und so unbürokratisch wie möglich entscheiden zu können. Die Steuerungsgruppe bestünde nur aus Frau Gehrke, Frau Wiggers und ihm.

Herr Hewing fragt noch einmal nach, ob der Missbrauch dann in dieser Steuerungsgruppe festgestellt werden würde.

Herr Gausmann erklärt, dass sie, wenn sie es feststellen würden, dem Antrag entsprechend versagen würden. Sofern dies nicht festgestellt werden würde, würden die Mittel gezahlt werden. Er stellt klar, dass Gasabschaltungen unbürokratisch vermieden werden sollten und es daher keine Gerechtigkeit bei der Verteilung der Mittel geben würde.

Frau Floyd-Wenke teilt mit, dass sie sich bisher kritisch gegenüber dem Antrag der Sozialmaßnahmen geäußert und sich auch enthalten habe. Sie möchte nun der Verwaltung aber für die Erstellung der Zuwendungsrichtlinien danken, welche ihr gut gelungen sei. Sie findet es richtig, die Regelungen zum Missbrauch direkt mit aufzunehmen. Sie vertraue der Steuerungsgruppe und freue sich auf die Rückmeldungen der Verwaltung, wie vielen Menschen geholfen werden konnte und welche Schicksale dahintersteckten.

Beschluss:

1. Der Sozialausschuss nimmt den aktuellen Umsetzungsstand zum Antrag „Sozialmaß-

nahmen“ vom 21.09.2022 zur Kenntnis.

2. Der Sozialausschuss beschließt die als Anlage beigefügten Zuwendungsrichtlinien zum Härtefallfonds Energie- und Wassersperren vorbehaltlich der Bereitstellung der erforderlichen Haushaltsmittel im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2023.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**14. Antrag Kleeblatt Rheine e. V. - Unterstützung des Sozialkaufhauses
Vorlage: 439/22**

Herr Gausmann erläutert, dass der Antrag des Kleeblatt Rheine e.V. im Rat in nichtöffentlicher Sitzung an den Sozialausschuss verwiesen worden sei. Die Verwaltung schlägt vor, dass das Kleeblatt e.V. sich in der nächsten Sozialausschusssitzung vorstellen solle und erst danach über den Antrag entschieden werden solle. In der öffentlichen Sitzung könne der Verein beispielsweise die Konzeption der Arbeit vorstellen. Er schlägt weiterhin vor, im nichtöffentlichen Teil in der nächsten Sitzung bilanzielle und finanzielle Fragestellungen sowie Fragen zu Beschäftigten an den Vorsitzenden des Vereines zu stellen. Die Beschlussfassung sei dann in der Sitzung im März 2023 möglich.

Frau Floyd-Wenke stimmt dem Vorschlag der Verwaltung zu. Sie halte es für sehr notwendig, diese Dinge vorab zu erörtern. Sie fügt an, dass sie daran interessiert sei zu erfahren, welche anderen Fördermöglichkeiten dieser Verein noch in Anspruch nehme oder beantragt habe. Ebenso würde sie interessieren, wie viele Mitarbeiter(innen) dort beschäftigt seien und in welchem Umfang.

Herr Gausmann teilt mit, dass er nun die Themen sammle, zu welchen der Verein dann in der nächsten Sitzung Auskunft geben solle. Diese Themenliste würde dem Verein im Vorfeld zur Verfügung gestellt werden.

Frau Ehrenberg teilt mit, dass auch sie den Vorschlag der Verwaltung gut finde, aber zu bedenken geben würde, dass die Haushaltsplanberatungen dann vorbei seien, wenn der Beschluss gefasst werden würde. Sie habe den Eindruck, dass der Verein auf Messers Schneide stehe und daher schnelle Hilfe benötige, da bereits ein Haus zur Sicherung belastet sei. Auch sie interessiere sich für die Personalausstattung und dafür, ob der Kreis Steinfurt ebenfalls beteiligt sei, denn der Verein bediene schließlich nicht nur Rheine, sondern auch das ganze Umfeld.

Herr Hewing findet den Vorschlag der Verwaltung ebenfalls gut, würde aber gerne noch wissen wollen, welche Aufgaben dieser Verein wahrnehme und in welcher Kompetenz.

Frau Dr. Hovestadt findet eine Übersicht über die Erfolge und Effekte wichtig.

Herr Gausmann hinterfragt, welche Ziele der Jugendhilfe von dem Verein erfüllt würden.

Herr Hewing erzählt, dass es vor einiger Zeit eine Besichtigung von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei dem Verein gegeben habe. Damals sei ihnen beschrieben worden, dass der Verein von Jugendhilfe bis zur Schuldnerberatung verschiedene Angebote habe. Er fragt sich, mit welcher fachlichen Kompetenz diese verschiedenen Angebote abgebildet werden könnten.

Herr Azevedo würde gerne wissen, wie viele Mitglieder in dem Verein und wie hoch die Mitgliedsbeiträge seien sowie welche Einnahmen außer anderen Förderungen noch generiert werden würden.

Frau Dr. Hovestadt wünscht sich außerdem noch einen groben Finanzplan, wie die 5.000 € monatlich vom Verein eingesetzt werden würden.

Herr Gausmann erklärt, dass der Haushaltsplan im März 2023 beschlossen werde und der Haushalt dann dicht sei. Bis zu einem Betrag von 50.000 € könne dies der Sozialausschuss nachträglich selber entscheiden, sofern ein Deckungsvorschlag vorliegen würde. Sollte die Förderung über 50.000 € betragen, würde eine außerplanmäßige Mittelbereitstellung beim Rat beantragt werden müssen, und es müsse ein Deckungsvorschlag vorgetragen werden. Er würde nun aber ungern 60.000 € in den Haushalt einstellen, welche dann möglicherweise nicht genutzt werden würden. Er schlägt vor, die sachliche Diskussion im Sozialausschuss durchzuführen und den Rat dann über die außerplanmäßige Mittelbereitstellung abstimmen zu lassen. Herr Gausmann ergänzt den Beschlussvorschlag darum, dass in der nächsten nichtöffentlichen Sitzung die finanziellen Strukturen vom Verein vorgetragen werden.

Beschluss:

1. Der Sozialausschuss beschließt, die Beratung des Antrages Kleeblatt e. V. zu vertagen.
2. Zunächst soll der Verein Kleeblatt e. V. im Rahmen der nächsten öffentlichen Sitzung des Sozialausschusses das inhaltliche Konzept des Vereins und im Rahmen der nächsten nichtöffentlichen Sitzung die finanzielle Struktur des Vereins vorstellen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**15. Teiljahresabschlussbericht 2021 - Sonderbereich 2 - Produktgruppe 24 - Offene Senioren- und Behindertenarbeit
Vorlage: 379/22**

Herr Gausmann verweist auf die Vorlage.

Herr Hewing fragt, warum der Ansatz für Sach- und Dienstleistungen 2023 im Bereich offene Seniorenarbeit in Höhe von 40.750 € so hoch sei, in den letzten Jahren sei der Ansatz nur 650 € bzw. 0 € gewesen.

Es handele sich dabei um das Budget für den Sozialplan Alter.

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt den Teiljahresabschlussbericht 2021 für den Sonderbereich 2 – Produktgruppe 24 – Offene Senioren- und Behindertenarbeit – zur Kenntnis.

**16. Teiljahresabschlussbericht 2021, Fachbereich 8, Produktgruppen 81 - 84
Vorlage: 365/22**

Frau Gehrke teilt mit, dass es einige Verbesserungen gebe. Diese ließen sich auf die Erhöhung der Integrationspauschale für Aussiedler und den Betreuungsanteil aus dem Flüchtlingsaufnahmegesetz zurückführen. Außerdem hätte es in 2021 eine Sonderzahlung als Entlastung der Kommunen für Personen gegeben, welche seit längerem dem Duldungsstatus unterlägen würden. Dies sei aufgrund einer Gesetzesänderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes erfolgt. Die Aufwendungen für die Ausstattung der Flüchtlingsunterkünfte seien in 2021 auch geringer gewesen, was zu einem positiveren Ergebnis führe.

Frau Ehrenberg fragt, ob dies die 1,175 Mio. € seien. Dies bejaht Frau Gehrke. Frau Ehrenberg regt an, aus diesen Mitteln die Schulsozialarbeit zu finanzieren, sofern es sich nicht um gebun-

dene Mittel handeln würde. Herr Gausmann erklärt, dass dies das Ergebnis aus dem Teiljahresabschluss 2021 sei und die Mittel nicht mehr zur Verfügung stünden.

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt den Teiljahresabschlussbericht 2021 für den Fachbereich – 8 – Schulen, Soziales, Migration und Integration, Produktgruppen 81 – 84 zur Kenntnis.

**17. Berichtswesen zum Stichtag 31.10.2022 - Sonderbereich 2 - Produktgruppe 24 - Offene Senioren- und Behindertenarbeit
Vorlage: 380/22**

Herr Gausmann verweist auf die Vorlage.

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt den unterjährigen Bericht für den Sonderbereich 2 – Produktgruppe 24 (Offene Senioren- und Behindertenarbeit) – mit dem Stand der Daten zum 31.10.2022 zur Kenntnis.

**18. Berichtswesen 2022, Stichtag 31.10.2022, Fachbereich 8, Produktgruppen 81 - 84
Vorlage: 364/22**

Frau Gehrke teilt mit, dass die Fördermittel, welche vom Bund über die Länder an die Kommunen zur Unterbringung, Verpflegung und Betreuung von Flüchtlingen aus der Ukraine zur Verfügung gestellt worden seien, in diesem Berichtswesen erstmalig erscheinen würden. Das gute Ergebnis täusche jedoch, da die Mittel noch nicht final verteilt und auch noch nicht alle Rechnungen bezahlt worden seien. Ebenso beziehe sich dieses Berichtswesen auf das Berichtswesen Mai 2022, in welchem noch keine Fördermittel berücksichtigt, sondern hohe Aufwendungen zugrunde gelegt worden seien. Frau Gehrke verweist auf den Teiljahresabschlussbericht 2022, denn dann würden alle Mittel entsprechend verteilt sowie alle Rechnungen für beispielsweise Sicherheitsdienst, Ausstattung von Unterkünften etc. gebucht sein.

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt den unterjährigen Bericht für den Fachbereich 8 – Schulen, Soziales, Migration und Integration, Produktgruppen 81 – 84 mit dem Stand der Daten zum 31.10.2022 zur Kenntnis.

**19. Beratung Stellenplan 2023 - Sonderbereich 2 - Produktgruppe 24 - Offene Senioren- und Behindertenarbeit
Vorlage: 381/22**

Herr Gausmann korrigiert die Vorlage; in dem Beschlussvorschlag müsse es nicht Jugendhilfeausschuss, sondern Sozialausschuss heißen. Es gebe eine Wertigkeitsänderung von SuE 11 auf SuE 15. SuE 11 sei die unterste Entgeltgruppe für Sozialarbeiter. Aus der Stelle Begleitung des Seniorenbeirates sei in diesem Jahr eine Stelle zur konzeptionellen Neuaufstellung des Seniorenbeirates entstanden. Diese Stelle sei nun mit über 33 % der Stellenanteile mit dieser höherwertigen Tätigkeit der Konzeptionserstellung beschäftigt, so dass eine Höherbewertung dieser Stelle nach SuE 15 erfolge. Ansonsten gebe es keine Änderungen.

Beschluss:

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Haupt-, Digital- und Finanzausschuss, dem Rat der Stadt Rheine zu empfehlen, den als Anlage beigefügten Stellenplan des Sonderbereiches 2 – Offene

Senioren- und Behindertenarbeit (Produktgruppe 24) in den endgültigen Gesamtstellenplan der Stadt Rheine für das Jahr 2023 zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**20. Stellenplan 2023, Fachbereich 8, Produktgruppen 81 - 84
Vorlage: 363/22**

Frau Gehrke teilt mit, dass die Unterhaltsheranziehung für den Bereich SGB II an den Kreis Steinfurt zurückgegeben werde. Die Stadt Rheine sei eine von zwei Kommunen, die diese Aufgabe zuletzt noch eigenständig übernommen habe. Für die restlichen 22 Kommunen mache dies bereits der Kreis Steinfurt. Aufgrund von Personalmangel sei dies von der Stadt Rheine nicht mehr zu bewerkstelligen. Die Delegationssatzung sei bereits geändert, und das Personal würde in anderen Bereichen eingesetzt werden. Diese Stellen seien durch den Kreis Steinfurt refinanziert worden.

Im Team Beratung und Begleitung von Zuwanderern erfolge eine Stellenausweitung um 2,0 Stellenanteile aufgrund des Zuzugs von etwa 1.000 ukrainischen Flüchtlingen nach Rheine. Die sachgerechte Unterbringung, Beratung und Begleitung würde so sichergestellt werden. Ein weiterer Grund für diese Stellenausweitung seien die zu erwartenden Zuweisungen im nächsten Jahr, welche aufgrund der Schließung der Zentralen Unterbringungseinrichtung erfolgen würden.

Aus dem letztgenannten Grund erfolge auch eine Stellenausweitung um 1,0 Stellen im Bereich der Leistungsgewährung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Ebenso würde deshalb mit einem Anstieg der anspruchsberechtigten Personen gerechnet werden.

Im Bereich Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung würde ebenfalls mit einem Anstieg der anspruchsberechtigten Personen gerechnet werden, und aufgrund des Fallzahlenschlüssels erfolge hier ebenfalls eine Stellenausweitung um 1,0 Stellen. Der Fallzahlenschlüssel sei nach Absprache mit dem Kreis Steinfurt angepasst worden, denn in den letzten Jahren seien qualitativ eine immer komplexere Fallgestaltung sowie ein erhöhter Beratungsbedarf der Kund(innen) in Bezug auf vorrangige Leistungen bzw. weitere Unterstützungsleistungen im Bereich Gesundheitswesen festgestellt worden.

Eine Änderung gegenüber dem Stellenplanentwurf gebe es im Bereich der Sachbearbeitung Ausländerbehörde. Aufgrund des Gesetzes zur Einführung eines Chancenaufenthaltsrechts, welches kurz vor dem Abschluss und der Beschlussfassung stehe, würde mit einer Fallzahlsteigerung von etwa 100 Personen gerechnet werden, welche Ansprüche nach diesem Gesetz geltend machen könnten. Ebenso würden einige neue Fachverfahren im Bereich der Ausländerbehörde installiert werden müssen wie beispielsweise das Schengener Informationssystem. Diese Verfahren seien vom Bund zwingend vorgeschrieben, weshalb eine Stellenausweitung um 1,0 Stellen erfolgen solle.

Frau Ehrenberg appelliert an die Ratsmitglieder, dass diese den zusätzlichen Stellen für den Bereich Wohngeld zustimmen sollten, damit der Verwaltung ausreichend Personal zur Verfügung stehe, um über die Wohngeldansprüche ab dem 1. Januar 2023 schnellstmöglich entscheiden und damit den Menschen in finanzieller Notlage schnell helfen zu können.

Beschluss:

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Haupt-, Digital- und Finanzausschuss, dem Rat der Stadt Rheine zu empfehlen,

1. den als Anlage beigefügten Stellenplan des Fachbereiches 8 – Schulen, Soziales, Migration und Integration (Produktgruppen 81 - 84) in den endgültigen Gesamtstellenplan der Stadt Rheine für das Jahr 2023 zu übernehmen.
2. die nachstehenden befristeten Stellen des Fachbereiches 8 – Schulen, Soziales, Migration und Integration (Produktgruppen 81 - 84),

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Stelle	Stellenanteil / Wert	befristet in Monaten/befristet bis
1	Asyl- und Aufenthaltsangelegenheiten	1,0 / A 9 LBesG NRW	60 Monate
2	Asyl- und Aufenthaltsangelegenheiten	1,0 / A 9 LBesG NRW	36 Monate
3	Sozialarbeiter/innen Fachbereich Soziales Migration und Integration	3,0 / SuE 12 TVöD	24 Monate
4	Hausmanagement Mitte 51	0,5 / SuE 12 TVöD	24 Monate
5	Hilfshausmeister in den sozialen Einrichtungen	1,0 / EG 2 TVöD	60 Monate
6	Sozialarbeiter/in im Rahmen des Aktionsprogrammes „Hilfen in Wohnungsnotfällen“	0,5 / SuE 12 TVöD	24 Monate
7	Verwaltungskraft im Rahmen des Aktionsprogrammes „Hilfen in Wohnungsnotfällen“	0,5 / SuE 12 TVöD	24 Monate
8	Koordinierung des kommunalen Integrationsmanagement	1,0 / A 11 LBesG NRW	12 Monate
9	Hausmeister im Team „Beratung und Begleitung von Zuwanderern“	1,0 / EG 5 TVöD	24 Monate
10	Asyl- und Aufenthaltsangelegenheiten, Einbürgerungsangelegenheiten	1,0 / A 9 LBesG NRW	12 Monate
Summe		10,5 Stellen	

die nicht Bestandteil des Stellenplanes sind, zur Kenntnis zu nehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

21. **Beratung des Haushalts- und Investitionsplanes 2023-2026 - Sonderbereich 2 - Produktgruppe 24 - Offene Senioren- und Behindertenarbeit**
Vorlage: 382/22

Herr Gausmann teilt mit, dass es zum Haushaltsplanentwurf keine Veränderungen gibt.

Beschluss:

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, das Budget Sonderbereich 2 – Produktgruppe 24 (Offene Senioren- und Behindertenarbeit) mit den Werten aus dem Haushaltsplanentwurf 2023 in den endgültigen Ergebnis- und Investitionsplan zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**22. Beratung Ergebnis- und Investitionsplan 2023 - 2026, Fachbereich 8, Produktgruppen 81 - 84
Vorlage: 366/22**

Frau Gehrke informiert, dass es einige Änderungen aufgrund des Flüchtlingszuzugs aus der Ukraine gebe. Durch den Weiterbetrieb der Sammelunterkunft an der Gartenstraße entstünden weitere Kosten für den Sicherheitsdienst und einige Einrichtungsgegenstände.

Das Budget der Sprachoffensive solle, wie eben bereits erläutert, aufgrund der hohen Nachfrage um 15.000 € erhöht werden.

Das Budget in Höhe von 100.000 € aus dem Härtefallfonds zur Vermeidung von Energie- und Gassperren sei ebenfalls noch ergänzt worden.

Frau Gehrke verweist auf den Antrag des Integrationsrates zur Erhöhung des Budgets von bisher 4.000 € auf 11.000 €. Dies sei dadurch begründet, dass beispielsweise weitere Veranstaltungen durchgeführt würden.

Herr Gausmann ergänzt, dass die Ministerpräsidentenkonferenz beschlossen habe, dass die Kommunen für 2023 ebenfalls Mittel für die Integrationsarbeit erhalten würden. Dieser Betrag sei in der vorliegenden Vorlage noch nicht eingearbeitet, da die Höhe dieser Mittel noch unklar sei. Möglicherweise könne in der Haupt-, Digital- und Finanzausschusssitzung oder der Ratssitzung am 20.12.2022 mehr gesagt werden.

Herr Hewing teilt seine Verwunderung mit, warum ein Sicherheitsdienst für 600.000 €, also 50.000 € pro Monat, notwendig sei. Er fragt, ob die Bewohner(innen) vor Angriffen von außen geschützt werden müssten oder es Schwierigkeiten unter den Bewohner(inne)n gebe. Ihm seien das Ziel und der Zweck nicht bewusst, und er würde gerne wissen wollen, wie viele Personen für wie viele Stunden dort beschäftigt seien und was diese machen würden.

Herr Gausmann erklärt, dass es eine dringliche Empfehlung gebe, Sammelunterkünfte mit einem Sicherheitsdienst vor Angriffen von außen, aber auch aufgrund von Problemen innerhalb abzusichern. Es seien Protokolle vorhanden, die zeigen, dass es bei einem Zusammenleben auf engem Raum mit gemeinsamer Küchen- und Badnutzung zu Streitigkeiten und Handgreiflichkeiten kommen könne, welche geschlichtet werden müssten. Es sei der Verwaltung wichtig gewesen, dass ein Sicherheitsdienst engagiert werden würde, welcher nach dem Tariftreuegesetz seine Leistungen anbiete. Dies bedeute, dass das Personal keine Minijobber, sondern Fachkräfte seien, welche beispielsweise auch ein Erweitertes Führungszeugnis hätten vorlegen müssen. Der Sicherheitsdienst sei 24 Stunden, 365 Tage im Jahr mit mindestens zwei Personen vor Ort.

Herr Hewing fragt, ob es möglich sei, einen gewissen Teil auch für Sozialarbeit dort einzubringen, um beispielsweise die inneren Probleme lösen zu können. Er teilt mit, dass dies sehr viel Geld sei.

Herr Gausmann erklärt, dass auch Sozialarbeit vor Ort sei, sogar jemand, der ukrainisch spreche. Trotzdem gebe es Konflikte, denn dort würden 80 Personen leben, wovon 77 Personen sich vorher nicht gekannt hätten. In dieser Unterkunft seien hauptsächlich ukrainische Zuwanderer untergebracht, welche nicht immer alle nett seien. Daher solle den Empfehlungen gefolgt und ein Sicherheitsdienst eingesetzt werden.

Beschluss:

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, das Budget des Fachbereichs 8 – Produktgruppen 81 – 84 mit den Werten aus dem Haushaltsplanentwurf 2023 unter Berücksichtigung der in der Begründung aufgeführten Änderungen in den endgültigen Ergebnis- und Investitionsplan zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

23. Anfragen und Anregungen

Es gibt weder Anfragen noch Anregungen.

Ende der öffentlichen Sitzung: 19:52 Uhr

Dr. Gertrud Hovestadt
Ausschussvorsitzende

Sandra Roß
Stellvertretende Schriftführerin